



**POSITION DER KOMMISSION BODENSCHUTZ  
BEIM UMWELTBUNDESAMT (KBU) UND DER  
KOMMISSION NACHHALTIGES BAUEN AM  
UMWELTBUNDESAMT (KNBAU)**

*// NOVEMBER 2017 //*

**Abschaffung des § 13 b BauGB**

# Impressum

## Herausgeber:

Kommission Bodenschutz beim Umweltbundesamt (KBU)  
Kommission Nachhaltiges Bauen am Umweltbundesamt (KNBau)

Die KBU unterstützt das Umweltbundesamt durch sachverständige Beratung. Sie bearbeitet nicht nur Themen des Bodenschutzes, sondern auch angrenzende Themenfelder. Die Kommission dient als eine Schnittstelle auf Bundesebene. Sie führt die wesentlichen Akteure des Bodenschutzes aus Wissenschaft, Praxis und Verwaltung übergreifend zusammen.

Die KNBau ist ein Gremium unabhängiger Expertinnen und Experten. Sie berät das Umweltbundesamt mit konkreten Vorschlägen zum nachhaltigen Bauen.

 /umweltbundesamt.de  
 /umweltbundesamt  
 /umweltbundesamt  
 /umweltbundesamt

## Mitglieder der KBU:

Bernd Hansjürgens (Vorsitz),  
Gabriele Broll  
Jens-Uwe Fischer  
Peter Grathwohl  
Christina von Haaren  
Ulrich Köpke  
Friedrich Rück  
Ewald Schnug  
Hubert Wiggering  
Jutta Zeitz

## Geschäftsstelle:

Umweltbundesamt  
Fachgebiet II 2.7  
Frank Glante, Jeannette Mathews  
Postfach 14 06  
06813 Dessau-Roßlau  
E-Mail: frank.glante@uba.de  
[www.umweltbundesamt.de/themen/boden-landwirtschaft/kommissionen-beiraete/kommission-bodenschutz-0](http://www.umweltbundesamt.de/themen/boden-landwirtschaft/kommissionen-beiraete/kommission-bodenschutz-0)



## Publikationen als pdf:

[www.umweltbundesamt.de/publikationen](http://www.umweltbundesamt.de/publikationen)

## Bildquellen:

Calado | Fotolia.com

**Stand:** November 2017

## Mitglieder der KNBau:

Iris Behr (Vorsitzende)  
Burkhard Schulze Darup (stellv. Vorsitzender)  
Michael Burkhardt  
Annette von Hagel  
Ajo Hinzen  
Theresa Keilhacker  
Matthias Lerm  
Thomas Lützkendorf  
Wolfgang Misch  
Anette Müller  
Riklef Rambow  
Dirk A. Schwede  
Klaus Sedlbauer

## Geschäftsstelle:

Umweltbundesamt  
Fachgebiet III 1.4  
Til Bolland  
Postfach 14 06  
06813 Dessau-Roßlau  
E-Mail: til.bolland@uba.de  
[www.umweltbundesamt.de/kommission-nachhaltiges-bauen-am-umweltbundesamt](http://www.umweltbundesamt.de/kommission-nachhaltiges-bauen-am-umweltbundesamt)

## Abschaffung des § 13 b BauGB

# Empfehlung der KBU und der KNBau für die Koalitionsverhandlungen

Die Kommission Nachhaltiges Bauen und die Kommission Bodenschutz haben sich eingehend mit dem Regelungsgehalt sowie den direkten und indirekten Auswirkungen des am 13. Mai 2017 rechtswirksam gewordenen § 13 b BauGB „Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren“ befasst. Im Ergebnis vertreten sie die Auffassung, dass die Nachteile dieser Regelung in vieler Hinsicht gravierend und irreversibel sind. Die von der Politik gewünschten Vorteile rechtfertigen diese Nachteile nicht.

Die Kommissionen verkennen gleichwohl nicht, dass in einzelnen prosperierenden Verdichtungsräumen des Bundesgebietes Flächenknappheit besteht. Diese Knappheit stellt ein Hemmnis für die Entwicklung dringend benötigter Wohnbauflächen dar, zumal dort die Potenziale der Innenentwicklung weitgehend ausgeschöpft sind. Dies rechtfertigt aus der Sicht der Kommissionen jedoch nicht, auf wohlbegründete und seit langem etablierte Verfahren der Ausweisung von Baugebieten inklusive Umweltprüfung zu verzichten.

### **Begründung:**

§ 13 b BauGB erlaubt - einstweilen befristet - die Ausweisung neuer Wohngebiete (mit einer Grundfläche von bis zu 10.000 m<sup>2</sup>) im bisherigen Außenbereich im Anschluss an bebauten Ortsteile im vereinfachten Verfahren nach § 13 a BauGB.

Damit entfallen verschiedene Pflichten der Bauleitplanung, etwa die Umweltprüfung, die Eingriffs-/Ausgleichsregelung, die Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan und die frühzeitige Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung.

§ 13 b steht damit im Widerspruch zum europäischen Recht über die Umweltprüfung bestimmter Pläne und zu den Grundsätzen des deutschen Städtebaurechts, § 13 b konterkariert das 30 ha-Ziel der Bundesregierung sowie die Bodenschutzklausel, den Vorrang der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung, das Prinzip der Stadt der kurzen Wege sowie die selbstgesetzten Klimaschutz- und -anpassungsziele.

Im Ergebnis bewirkt § 13 b BauGB ein ungesteuertes Wachstum der Ortsränder – auch auf ökologisch sensiblen Standorten.

Das in den letzten 40 Jahren – auch unter europarechtlichen Maßgaben – entwickelte System der räumlichen Planung und hier insbesondere die Integration von Umweltbelangen und zur Beteiligung der Öffentlichkeit hat sich bewährt. Es stellt durch die obligatorische Abwägung i.d.R. einen gerechten Ausgleich zwischen den Anforderungen der Stadtplanung und der Ökologie her. Es bedarf insbesondere keiner Erweiterung des Instrumentariums im Außenbereich.

Der Bedarf für § 13 b BauGB wird nicht gesehen. Regionale oder örtliche Flächenknappheitsprobleme können i.d.R. durch regionspezifische Steuerungsansätze und den Einsatz bewährter Instrumente der Raum- und Siedlungsentwicklung kooperativ gelöst werden. Insofern bedarf es hier keiner unspezifisch generalisierenden Öffnungsklausel; diese ist für die nachhaltige Raumentwicklung insbesondere strukturschwacher Großstadtreionen und ländlicher Räume kontraproduktiv.



► **Unsere Broschüren als Download**  
Kurzlink: [bit.ly/2dowYYI](https://bit.ly/2dowYYI)

-  [www.facebook.com/umweltbundesamt.de](https://www.facebook.com/umweltbundesamt.de)
-  [www.twitter.com/umweltbundesamt](https://www.twitter.com/umweltbundesamt)
-  [www.youtube.com/user/umweltbundesamt](https://www.youtube.com/user/umweltbundesamt)
-  [www.instagram.com/umweltbundesamt/](https://www.instagram.com/umweltbundesamt/)